



Peter Weckmann MdL

Neues aus dem Landtag
08/2015 - November

SPD



Peter Weckmann ... für den Essener Süden!

Schon mal vormerken: 30. November, 18.00 Uhr

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

zwei Plenartage im Landtag liegen hinter mir. Am Freitag konnte ich darüber hinaus noch eine große Besuchergruppe aus dem Wahlkreis empfangen. Es waren also rundum erfolgreiche Tage. Auch im Wahlkreis gab es wieder viele Termine und langsam merke ich, dass es mit großen Schritten auf Weihnachten zugeht.

Wie gewohnt berichte ich im Innenteil über einige ausgewählte Themen und Termine. Besonders interessant ist natürlich der Neuzuschnitt des Südwahlkreises, der auch für die umliegenden Wahlkreise nicht ohne Fol-

gen geblieben ist. Darüber hinaus bestimmt im parlamentarischen und politischen Geschehen wie auch vielfach vor Ort das Thema Flüchtlinge die Diskussion. Besonders hinweisen möchte ich auf meine Veranstaltung „Fraktion vor Ort“ gemeinsam mit meinen Kollegen Britta, Dieter und Thomas am 30. November in Kupferdreh. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Nun viel Spaß beim Lesen!
Ihr/Euer
Peter Weckmann

Ausführliche Informationen zu den letzten Plenartagen gibt es im Newsletter unserer Landtagsfraktion:

- **Anmeldung unter:**
www.spd-fraktion.landtag.nrw.de

Aktuell:

- **Neuzuschnitte von Wahlkreisen beschlossen**
... Seite 1
- **Aktuelle Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik**
... Seite 2
- **Besuch aus dem Wahlkreis: AWO Heisingen**
... Seite 5
- **Eröffnung der 66. Essener Lichtwochen - Gastland Spanien**
... Seite 5
- **Bahnsprechstunde im Landtag - mal wieder die S6**
... Seite 6
- **Fraktion vor Ort im Essener Süden - FEUERWEHRENSACHE**
... Seite 6
- **Festakt zum Jubiläum - 40 Jahre AWO Werden**
... Seite 7
- **+++kurz notiert+++**
... Seite 8

Neuzuschnitte von Wahlkreisen beschlossen

Bei nur vier Gegenstimmen hat der Landtag am 4. November die Neueinteilung einiger Wahlkreise beschlossen. Die Neueinteilung war gesetzlich notwendig geworden, da diese Wahlkreise zu groß geworden waren. Konkret wird eine Neueinteilung notwendig, wenn die Bevölkerung in einem Wahlkreis um mehr als 20% vom Durchschnitt abweicht. Dabei wurde auch der Essener Südwahlkreis neu zugeschnitten: Die Stadtteile Bredeneu und Schuir gehören ab der Landtagswahl 2017 zum Wahlkreis 67, die Stadtteile Byfang und Bungaltdorf zum Wahlkreis 66.



Aktuelle Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik



Flüchtlingshelferempfang der SPD-Fraktion

Am 24. Oktober hat die SPD-Landtagsfraktion ehrenamtliche Flüchtlingshelferinnen und -helfer nach Düsseldorf in den Landtag eingeladen. Ich habe mich sehr gefreut, auch Vertreter aus Kettwig und Kupferdreh begrüßen zu dürfen.

Bei einem gemeinsamen Imbiss in der Bürgerhalle des Landtags bestand vorab die Gelegenheit miteinander ins Gespräch zu kommen. Anschließend begann das Dialogforum im Plenarsaal. Die Bedeutung des Themas und die Wertschätzung der geleisteten Arbeit konnte man auch an den Begrüßungsrednerinnen und -rednern erkennen: Landtagspräsidentin Carina Gödecke, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Fraktionsvorsitzender Norbert Römer. Alle betonten, wie unersetzlich das Engagement der vielen Helferinnen und Helfer vor Ort ist.



An der anschließenden Talkrunde nahmen neben Norbert Römer auch Thorsten Schäfer-Gümbel, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und stellvertretender Parteivorsitzender, Albert Henz, Theologischer Vizepräsident der Evangelischen Kirche von Westfalen, Dr. Frank Johannes Hensel, Diözesan-Caritasdirektor für das Erzbistum Köln, Niels Annen, Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Jutta van Amern, Arbeitskreis Fremde Willich e.V. und Marius Meyer, Leiter zweier Notunterkünfte der Malteser teil. Moderiert wurde die Runde von Heike Knispel vom WDR. Zuvor hatten Ehrenamtler schriftlich Fragen eingereicht. Einige wurden von den Diskutanten beantwortet, die anderen beantwortet die SPD-Fraktion schriftlich. Es war ein erfolgreicher Auftakt für einen landesweiten Dialog mit den Helferinnen und Helfern vor Ort.

3. Runder Tisch „Flüchtlinge“ in NRW

Am 23. Oktober hat Hannelore Kraft zu einem 3. Runden Tisch „Flüchtlinge“ eingeladen. Der erste Runde Tisch fand 2014 als direkte Reaktion auf die Vorkommnisse in der Erstaufnahmeeinrichtung in



Burbach statt. Alle Teilnehmer betonten im Nachgang die gute Gesprächsatmosphäre. Zu Beginn stand erst einmal ein Austausch über Maßnahmen und Ereignisse seit dem letzten Flüchtlingsgipfel. Weiteres Thema war die immer noch problematisch lange Dauer der Asylverfahren. Hier wurde noch einmal die Zielvorgabe von 3 Monaten bekräftigt. Auch



das „Taschengeld“ für Flüchtlinge kam zu Sprache. Taschengeld wurde unter anderem wegen des hohen Verwaltungsaufwandes der Vorrang vor Sachleistungen eingeräumt. Konsens bestand darin, dass man mit halb-garen Vorschlägen (die oftmals wieder zurückgenommen oder relativiert werden müssen) nur den rechten Kräften in die Hände spielt. Deshalb muss Zeit sein, Vorschläge und Ansätze konsequent bis zum Ende zu denken. Und erst dann sollte man mit einem schlüssigen Konzept nach draußen gehen. Dies sei insbesondere an die Adresse von Horst Seehofer gerichtet. Geachtet werden muss darüber hinaus darauf, dass das Empfinden für die soziale Balance nicht dadurch gestört wird, dass Bedürftige in unserem Land durch die Flüchtlingssituation in den Hintergrund der Debatte geraten. So soll das Thema sozialer Wohnungsbau wie auch der Ausbildungskonsens für 3000 zusätzliche Ausbildungsplätze allen hier lebenden bedürftigen Menschen zugute kommen. Erneuert wurde auch die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz auf Bundes-



ebene. Ein klares gemeinsames Signal wurde gegen Hassparolen, besonders im Netz, gesetzt. In Zukunft soll hier nicht nur gelöscht, sondern konsequent angezeigt werden. Soweit ein kleiner Ausschnitt der behandelten Themen.

Besuch in der Notunterkunft in Kupferdreh



Am 21. Oktober habe ich zusammen mit Petra Hinz aus dem Bundestag, Thomas Rotter, Ratsherr und Vorsitzender des Ausschusses für Stadtplanung und Stadtentwicklung, den Kupferdreher Bezirksvertretern Rolf Reithmayer und Christian Sieg und Anke Löhl vom Vorstand der SPD Kupferdreh/Byfang die Notunterkunft für Flüchtlinge in der Sporthalle am Industriegebiet Prinz-Friedrich in Kupferdreh besucht. Durch die Einrichtung führte uns Ridda Martini vom Betreiber European Homecare, der uns auch für Rückfragen zur Verfügung stand. Zum Zeitpunkt unseres Besuches waren 86 Menschen in der Sporthalle untergebracht. Die Schlafstätten für mehrere Personen waren nur durch dünne Messewände voneinander getrennt. Wir waren uns einig, dass diese Unterbringung auf engstem Raum mit nahezu null Privatsphäre nur eine absolute Notlösung sein kann und darf. Trotzdem haben die Verantwortlichen das Beste aus der Situation gemacht. In der Diskussion wurde auch hier von den Verantwortlichen die lange Dauer der Verfahren als das Hauptproblem genannt. Teilweise warten die Flüchtlinge schon seit ihrer Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende (BÜMA) im Januar darauf, ihren Asylantrag zu stellen. Oftmals beginnt so nach einer langen und beschwerlichen Flucht wieder eine neue Zeit der Ungewissheit und des Bangens. Viele haben ihre Familie

in den Kriegsgebieten zurückgelassen und haben die gefährliche Flucht alleine auf sich genommen. Nun wollen sie gerne ihre Familien nachholen, aber auch das hängt nun einmal vom Status des Asylverfahrens ab.

Verständigung über zukünftige Finanzierung der Unterbringung von Flüchtlingen

Finanzminister Norbert Walter-Borjahn, Innenminister Ralf Jäger und die Kommunalen Spitzenverbände haben sich auf die Finanzierung der Unterbringung von Flüchtlingen verständigt. 2016 wird ein Übergangsjahr. Die jährliche Pauschale wird von 7578,- € auf 10.000,- € pro Flüchtling angehoben. Grundlage wird die Anzahl der Flüchtlinge zum Stichtag 31.12.2015 sein. Die Verteilung auf die Städte und Gemeinden erfolgt nach dem bisherigen Schlüssel (90% Einwohner, 10% Fläche)

Ab 2017 wird auf eine monatliche Zahlung der 833,- € pro Flüchtling umgestellt. Es wird für die gesamte Dauer des Leistungsbezugs gezahlt, also gegebenenfalls auch über die vom Bund mit 670,- € pro Monat refinanzierte Dauer des Verfahrens hinaus. Der erstattungsfähige Personenkreis sind weiterhin Flüchtlinge nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) und Geduldete gemäß § 60a Aufenthaltsgesetz (AufenthG). Für die dauerhaft Geduldeten soll eine Erstattungslaufzeit vereinbart werden. Strittig ist noch die mögliche Anpassung an allgemeine und besondere Kostenentwicklungen und die Dauer der Zahlung für abgelehnte Asylbewerber.

Bau von Flüchtlingsunterkünften aus Holz

Durch das Umweltministerium NRW wurde ein Beratungsservice für Städte, Gemeinden, Kreise und Bezirksregierungen für den schnellen Bau von Unterkünften und Wohnraum für Flüchtlinge aus Holz ins Leben gerufen. Die Holzmodule sind ein Beitrag zur schnellen Lösung der Unterbringungsprobleme. Nach Landesbauordnung sind bis zu dreigeschossige Holzbauten ohnehin möglich. Durch eine Abweihungsgenehmigung sind bis zu fünfgeschossige

Bauten möglich. Kleinere Holzbauten können inklusive der Planungs- und Genehmigungsphase innerhalb von zwei bis drei Monaten errichtet werden, die dreistöckigen Bauten innerhalb von fünf bis sechs Monaten. Der Vorteil gegenüber den Containern liegt in den günstigeren Folgekosten und der besseren Folgenutzung und hiermit eventuell verbundener Erweiterungsnotwendigkeit. Eine erste Veranstaltung zu dem Thema hat bereits stattgefunden, in Kürze wird hierzu auch ein Informationsportal freigeschaltet.

Debatte im Plenum

Wieder einmal hofften CDU und FDP auf politischen Geländegewinn und versuchten am 4. November die Landesregierung beim Thema „Flüchtlinge“ zu attackieren. Konkret sollte die Landesebene gegen die Bundesebene der SPD ausgespielt werden. Dieses Manöver ging jedoch wieder mal schief.

Vielmehr nutzte die Landesregierung die Möglichkeit, noch einmal ihren Standpunkt darzustellen. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sprach klar und deutlich gegen Transitzone aus. Als Brücke für die CSU habe die SPD die Einreisezentren ins Spiel gebracht, in denen die Menschen eben nicht in Haft genommen werden. Diese Möglichkeit hat Horst Seehofer jedoch ausgeschlagen. Damit wird deutlich, dass es Seehofer gar nicht um die Lösung des Problems geht. Kraft mahnte darüber hinaus eine kürzere Verfahrensdauer an und sieht hier das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und damit den Bund in der Pflicht.

Pressestatement von Hannelore Kraft nach dem Runden Tisch zur Flüchtlingsthematik:

www.nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

Aktuelle Informationen zum Thema „Flüchtlinge“:

www.spd-fraktion-nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

www.mik.nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

www.essen.de oder [direkt hier klicken](#)

www.ich-hilfe.nrw oder [direkt hier klicken](#)

Besuch aus dem Wahlkreis: AWO Heisingen

Am 6. November durfte ich wieder Besuch aus dem Wahlkreis begrüßen. Der AWO Ortsverein Heisingen hatte sich mit 49 Mitgliedern auf den Weg nach Düsseldorf aufgemacht. Eigentlich war ein spannendes Programm an einem Plenartag geplant. Das Plenum für diesen Tag wurde jedoch kurzfristig abgesagt, da die angemeldeten Tagesordnungspunkte auch an zwei Tagen abgearbeitet werden konnten. Stattdessen gab es dann für die Besucherinnen und Besucher ein umfangreiches Informationspro-



gramm. Auf der Besuchertribüne wurden dann - sehr anschaulich aber auch launig - die parlamentarischen Abläufe erklärt.

Anschließend diskutierte ich noch eine Stunde mit meinen Gästen über aktuelle Themen; über Flüchtlingspolitik, die Wahlkreiseinteilung im Essener Süden, die Situation der SPD in Bund, Land und Kommune sowie über die verlorene Oberbürgermeisterwahl in Essen, ihre Ursachen und die Folgen.



Eröffnung der 66. Essener Lichtwochen - Gastland Spanien

„Europa in Essen“: Am 25. Oktober wurden die 66. Essener Lichtwochen offiziell und feierlich eröffnet. Noch bis zum 6. Januar erstrahlt die Essener City im weihnachtlichen Glanz unter anderem mit Themenmotiven zu Kunst, Kultur und Brauchtum des diesjährigen Gastlandes Spanien. Mit der Auswahl des Gastlandes tragen wir auch dem Gedanken der Kulturhauptstadt Rechnung, denn die baskische Stadt San Sebastián trägt im kommenden Jahr den Titel „Kulturhauptstadt Europas“. Die Reihe „Europa in Essen“ der Lichterwochen gibt es seit dem Jahr 2001.

Gerne folge ich, wenn es die Zeit zulässt, jedes Jahr der Einladung zur Eröffnung der Lichtwochen. Fernab der touristischen Bedeutung der Lichterwochen (und damit auch verbunden des Essener Weihnachtsmarktes) für unsere Heimatstadt, ist es ganz persönlich auch immer eine gelungene und schöne Einstimmung auf die Vorweihnachtszeit. Hier kann



man die Hektik des Jahres ein wenig abschütteln und sich ein paar Momente der Ruhe gönnen. Einmalig ist auch immer das große, musikalisch begleitete Feuerwerk im Anschluss auf dem Kennedyplatz.

Weitere Informationen über die und Fotos von den Essener Lichtwochen:

www.lichtwochen.essen.de oder direkt hier klicken

Bahnsprechstunde im Landtag - mal wieder die S6

Bereits in den vergangenen Newslettern habe ich über meinen Schriftverkehr mit der Deutschen Bahn bezüglich Schienenlärm in Kettwig, den barrierefreien Ausbau des Bahnhofs Stadtwald und der Pünktlichkeit der S6 insbesondere in Fahrtrichtung Essen berichtet. Nicht alle diese Probleme wurden zu meiner Zufriedenheit im Sinn der Bürgerinnen und Bürger im Essener Süden gelöst. Deshalb meldete ich mich wieder für den 4. November zur parlamentarischen Bahnsprechstunde im Landtag an. Mit dem Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn für das Land Nordrhein-Westfalen, Herrn Latsch, konnte ich die Probleme dann persönlich am Rande des Plenartages erörtern. Bezüglich der Verspätungen erfuhr ich, dass Abweichungen um bis zu fünf Minuten gar nicht als Verspätung gelten. Das kann man so oder so sehen. Über die aktuellen Geschwindig-

keitsbeschränkungen auf der Linie S6 im Bereich Ratingen/ Rath war er nicht informiert. Das wird er jedoch nachholen und mich anschließend über Dauer und Ursache informieren. Beim barrierefreien Ausbau des Bahnsteigs 1 am Bahnhof Stadtwald liegt der Grund der Verzögerung nach seinen Aussagen in der nicht geklärten Eigentumsfrage der benötigten Fläche am Zugang zum Gleis. Deshalb muss die Zuwegung komplett neu geplant werden.

Ein letzter Punkt resultierte aus meiner Arbeit im Sportausschuss des Landtags: Fahrverbote für Fußballfans. In der Angelegenheit konnte Herr Latsch mir über eine Pressemitteilung der Deutschen Bahn hinaus jedoch zu Datenschutzfragen etc. leider keine weiteren Informationen geben oder in Aussicht stellen.

Fraktion vor Ort im Essener Süden - FEUERWEHRENSACHE



Gemeinsam mit Kollegin Britta Altenkamp und den Kollegen Dieter Hilser und Thomas Kutschaty lade ich zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung ein

zum Thema: „FEUERWEHRENSACHE - Novellierung des Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetzes“

am Montag, 30. November 2015

um 18.00 Uhr

in der Hochschule der bildenden Künste, Prinz-Friedrich-Straße 28a, Essen-Kupferdreh

Bereits mit der Förderung des "Feuerwehr-Führerscheins", dem Erlass zur "Euro VI-Norm" und der "Rauchmelder-Warnpflicht" hat die SPD-Fraktion im Landtag NRW die Arbeit der Feuerwehren gestärkt. Zur Umsetzung der Ziele des Koalitionsvertrages hat der Landtag weiterhin jährlich eine Million

Euro zur Stärkung des Ehrenamtes in der Feuerwehr zur Verfügung gestellt, inzwischen insgesamt fünf Millionen Euro. Das damit verbundene Projekt "FeuerWEHRENSache" ist in der Fläche unterschiedlich bekannt, aber eine große Chance für die Wehren vor Ort. Dort werden konkrete Ideen entwickelt, um das Ehrenamt auf lange Sicht zu stärken. Jedoch auch ihre Vorschläge, beispielsweise um mehr Frauen sowie Menschen mit Migrationshintergrund zu gewinnen, sind gefragt.

Aktuell wird im Landtag NRW die Novellierung des Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetzes (FSHG) zum Brandschutz, Hilfeleistung und Katastrophenschutzgesetz (BHKG) - sicherlich das größte Gesetzesvorhaben für die Feuerwehren in dieser Wahlperiode - diskutiert. Die SPD-Fraktion will nicht am "grünen Tisch" entscheiden, sondern vorab vor Ort diskutieren. Insbesondere richtet sich diese Veranstaltung an Mitglieder von Berufs- und Freiwilligenfeuerwehren, einzelne (Interessen-)Verbände und Anbieter sowie Kommunalpolitiker. Natürlich sind aber auch andere Interessierte herzlich willkommen.

Weitere Information in Kürze unter

www.peter-weckmann.de oder [direkt hier klicken](#)

Festakt zum Jubiläum - 40 Jahre AWO Werden



Am 18. Oktober lud die AWO Werden zum Festakt anlässlich ihres 40jährigen Jubiläums in die Domstuben. Ich hatte zugesagt, die Festrede an diesem Tag zu halten.

Auf den 16. Oktober 1975 ist das erste Protokoll der AWO Werden datiert. Damals traf man sich noch in der Gaststätte „Am Schwarzen“. In meiner Festrede ging ich auf das Jahr 1975 ein, insbesondere natürlich auf die politischen Geschehnisse: Der Vietnamkrieg endete. Die Volljährigkeit wurde auf 18 Jahre herabgesetzt. Es war das erste offizielle „Jahr der Frau“. Günter Guillaume, der ehemalige Referent des Bundeskanzlers Willy Brandt, wurde wegen Spionage zu 13 Jahren Haft verurteilt. In NRW bildete Ministerpräsident Heinz Kühn wieder eine SPD/FDP-Regierung, der unter anderem als Minister Diether Posser (Justiz) und Johannes Rau (Wissenschaft) angehörten. Die SPD hatte einen sensationellen Mitgliederbestand von 998.471 Mitgliedern.



Im weiteren ging ich auf das Ehrenamt ein, eine unersetzliche Säule im Vereinsleben in den Stadtteilen. Hier dankte ich stellvertretend den Jubilarinnen und Jubilaren, die im Gründungsjahr der AWO beigetreten sind. Ich habe mich besonders gefreut, dass unter diesen auch Christa Knorr war, die immer gute Seele der AWO Werden war und auch heute noch ist.



Mit diesem Dank verband ich auch das Versprechen, mich weiterhin politisch für die Belange der ehrenamtlich Tätigen einzusetzen und dafür zu sorgen, dass das Ehrenamt den Stellenwert erhält, den es verdient. Ganz handfest gehört hierzu die Schaffung angemessener rechtlicher Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel die Versicherung während der Tätigkeiten oder auch die steuerliche Absetzbarkeit von Aufwendungen im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements.

Zu guter Letzt würdigte ich noch einen speziellen Kreis von bürgerschaftlichem Engagement besonders: Die ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und -helfer. Mit „Werden hilft“ gibt es hier direkt vor der Tür einen großen Kreis, der sich ursprünglich gefunden hat, um den Flüchtlingen in der im Bau befindlichen Erstaufnahmeeinrichtung am Overhammshof eine Willkommenskultur zu bieten. Mittlerweile sind sie auch schon im „Zeltendorf“ am Volkswald in Heidhausen aktiv. In diesem Zusammenhang geißelte ich unter anderem die Hetze des braunen Mobs, insbesondere in den sozialen Netzwerken.

ert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert

Neue Abgeordnete verpflichtet

Bei den (Ober)Bürgermeisterwahlen sind meine Fraktionskollegen Thomas Eiskirch (Bochum) und Reiner Breuer (Neuss) ins Amt gewählt worden. Deshalb wurden zwei SPD-Abgeordnete am 3. November neu verpflichtet: Der Generalsekretär der NRWSPD André Stinka aus Dülmen und Liesel Koschorreck aus Düren. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Beiden.

Chemie in NRW - Neue Broschüre der SPD-Landtagsfraktion erschienen

Die Ergebnisse der Enquetekommission des Landtags NRW „Zukunft der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen“ hat die SPD-Landtagsfraktion in einer Broschüre zusammengetragen. Die Publikation zeigt die Ansätze der SPD-Landtagsfraktion zur nachhaltigen Industriepolitik auf. Einzel-exemplare sind über mein Landtagsbüro erhältlich, alternativ kann die Broschüre im Internet heruntergeladen werden:

www.spd-fraktion-nrw.de/news/chemie_in_nrw.html

Engagementpreis NRW: Bewerbungsfrist verlängert

Der Engagementpreis NRW soll vorbildliche Projekte von bürgerschaftlichem Engagement würdigen und auch bekannt machen. Das Schwerpunktthema lautet

„Interkulturelles Miteinander - buntes Engagement leben“. Interessierte Vereine, Stiftungen und Bürgerinitiativen erhalten weitere Informationen unter www.engagiert-in-nrw.de. Die Bewerbungsfrist wurde von Familienministerin Christina Kampmann bis zum 15. November 2015 verlängert.

Soziales Pflichtjahr für Jugendliche Unfug

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag und Vorsitzende der Essener SPD, Britta Altenkamp, hat die Forderungen der Union in Berlin nach einem sozialen Pflichtjahr für Jugendliche als Unfug bezeichnet. Die momentanen Freiwilligendienste erfreuen sich einer so großen Beliebtheit, dass zur Zeit die Plätze gar nicht ausreichen. Man sollte diese Begeisterung nicht durch eine unsinnige Verpflichtung bremsen, denn dieser Dienst lebt, wie der Name schon sagt, von der Freiwilligkeit. Darüber hinaus gibt es einige Aufgaben, die von Profis erledigt werden müssen, wie z.B. der Umgang mit schwer traumatisierten Flüchtlingen.

NRW unterstützt Hamburgs Olympia-Bewerbung

In einem gemeinsamen Antrag haben die Fraktionen von SPD, Bündnis90/ Die Grünen, CDU und FDP die Bewerbung Hamburgs für die Olympischen Spiele 2024 un-

terstützt. Insbesondere wurde das Hamburger Konzept „Masterplan OlympiaCity“ gelobt, in dem das Thema „Nachhaltigkeit“ besondere Maßstäbe setzt.

Fußballsaison 2013/2014: Bundesweit mehr Verletzte

Rund zwei Millionen Einsatzstunden haben die Polizeibehörden in der Fußballsaison 2013/2014 in die Sicherheit der Spiele der 1. und 2. Liga investiert. Umgerechnet heißt das, dass knapp 1500 Polizistinnen und Polizisten das ganze Jahr nichts anderes getan haben, als die Fußballspiele zu begleiten. Das hält NRW-Innenminister Ralf Jäger für zu viel und auch gegenüber dem Bürger nicht mehr argumentierbar. NRW hat deshalb zur laufenden Saison ein Programm mit einer geänderten Akzentsetzung der Einsätze bei Fußballspielen gestartet. Ziel sind mehr Freiräume für friedliche Fans und eine Reduzierung der Einsatzkräfte und damit der Einsatzstunden. Bisher hat sich das Programm bewährt, ein Rückgang um 20% ist zu verzeichnen.

Angestiegen ist laut der Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) die Zahl der verletzten Personen in diesem Zusammenhang. Deshalb sollen frei werdende Kräfte im Rahmen des Pilotprojektes vermehrt bei sogenannten „Risikospielen“ eingesetzt werden. Die friedlichen Fans können sich weiterhin auf das Land verlassen.

So erreicht Ihr mich:

Peter Weckmann

Landtag NRW
Postfach 10 11 43
40001 Düsseldorf

Telefon (0211) 8842630
Telefax (0211) 8843064

peter.weckmann@landtag.nrw.de
www.peter-weckmann.de
www.facebook.com/peter.weckmann